

Demonstration zum 1. Mai 1984 in Ost-Berlin: Bloßes Anhängsel der Partei

# Der Rat der sozialistischen Götter

Wie die SED die DDR regiert (IV) / Von Franz Loeser

Die Sitzung der Parteileitung der Sektion Wissenschaftstheorie hat begonnen. Ein harter Arbeitstag liegt hinter den zehn Genossen der Ost-Berliner Humboldt-Universität, die um den Tisch hocken. Sie sind müde und würden am liebsten nach Hause gehen. Aber eine lange Tagesordnung erwartet sie. Der erste Punkt: die bevorstehende Gewerkschaftswahl und der sozialistische Wettbewerb.

Wohlgermerkt, es handelt sich um eine Sitzung der Partei und nicht der Gewerkschaft. Die Parteileitung entscheidet, wer zum Vorsitzenden und in die Leitung der Gewerkschaftsgruppe der Sektion gewählt wird und wie die wichtigsten Punkte des sozialistischen Wettbewerbsplans auszusehen haben.

Als Parteisekretär leite ich die Sitzung. Ich mache einen Vorschlag, wer zum Vorsitzenden, gemacht werden soll

und wer in die Leitung der Gewerkschaftsgruppe kommen soll. Mein Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Die Genossen und die Parteilos, die für diese Funktionen vorgeschlagen sind, werden als zweitrangige Kader eingestuft. Ein Gewerkschaftsposten hat in der DDR einen geringen sozialen Status, denn der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) hat das zu machen, was die Partei vorschreibt: im wesentlichen Trivialaktivitäten wie Verteilung von Ferienschicks oder Durchführung des sozialistischen Wettbewerbs.

Als Parteisekretär habe ich den ausgesuchten Gewerkschaftsvorsitzenden zur Parteileitung vorgeladen. Ich erteile ihm die notwendigen Anweisungen für sein Verhalten bei der bevorstehenden Wahl, informiere ihn über die Schwerpunkte, auf die sich die Gewerkschaftsgruppe bei der Ausarbeitung des sozialistischen Wettbewerbs zu konzentrieren hat. Dann darf er sich verabschieden.

Auf der nächsten Gewerkschaftsversammlung werden er wie auch die weiteren von der SED vorgeschlagenen Leitungsmitglieder einstimmig gewählt. Turnusgemäß lade ich den Gewerkschaftsvorsitzenden zu den Sitzungen der Parteileitung ein. Da hat er mir und den anderen Genossen Rechenschaft über seine Arbeit abzulegen, insbesondere darüber, wie die Gewerkschaft den sozialistischen Wettbewerbsplan erfüllt.

Der sozialistische Wettbewerb ist gewissermaßen der Motor der Arbeitsproduktivität des realen Sozialismus. Was die führende Rolle der Partei für die Gesellschaft, das ist der sozialistische Wettbewerb für die sozialistische Arbeit – das sozialistische Pendant zum kapitalistischen Leistungsprinzip.

Der sozialistische Wettbewerb basiert auf einer einfachen Forderung: Sozialistische Menschen und Kollektive wetteifern miteinander, durch ein Höchstmaß an Arbeitsproduktivität den von der



**Wettbewerbsparolen 1971, 1979:** Sozialistisches Pendant zum kapitalistischen Leistungsprinzip

Partei vorgegebenen Plan nicht nur zu erfüllen, sondern überzuerfüllen.

Zwar postuliert der sozialistische Wettbewerb klaren Vorrang der gesellschaftlichen vor den persönlichen Interessen. Doch muß der einzelne nicht ganz eigenennützig nur für die Gesellschaft arbeiten: Seine Leistung wird selbstverständlich, entsprechend seinem Anteil an der Planerfüllung, honoriert, die Gesamtleistung des Kollektivs mit Prämien und/oder mit Orden, Medaillen, Urkunden belohnt.

Dennoch ist die Grundidee, daß die Arbeit nicht nur zum persönlichen Nutzen, sondern auch für die Gemeinschaft, für die sozialistische Gesellschaft und für die internationale Arbeiterklasse geleistet wird. Im Prinzip ist diese Unterordnung der persönlichen unter die gesellschaftlichen Interessen ein großartiges humanistisches Ideal.

Doch um das Prinzip in der Praxis realisieren zu können, müssen zumindest zwei Voraussetzungen erfüllt werden: Einmal muß der sozialistische Wettbewerb ein echter Wettbewerb sein, der auf demokratische Weise mit Leidenschaft und Überzeugung geführt wird. Zum anderen benötigt der sozialistische Wettbewerb für seine Durchsetzung einen wahrhaft sozialistischen Menschen, der mit freiwilliger Disziplin seine persönlichen den gesellschaftlichen Interessen unterzuordnen versteht.

Was die erste Bedingung betrifft, so hat sich der sozialistische Wettbewerb über die Jahre in der DDR immer mehr bürokratisiert. Das Politbüro erwartet die absolute Erfüllung der Wettbewerbspläne, und so ist jede untergeordnete Leitung gezwungen, die Erfüllung der Wettbewerbspläne an ihre übergeordnete Leitung zu melden.

Dafür gibt es ein ganz einfaches Mittel: Man nimmt eben nur solche Aufgaben aus dem vorgegebenen staatlichen Plan in den sozialistischen Wettbewerbsplan auf, die man sowieso zu erfüllen hat und bei denen man weiß, daß sie ohne große Anstrengungen und mit Sicherheit erfüllt werden können.

**Wanderfahrten an 93 Betriebe und Einrichtungen**

**Vorbildliche Leistungen im Wettbewerb ausgezeichnet**

Ministerrat und Bundesvorstand des FDGB würdigen Initiativen im 35. Jahr der DDR zur Erfüllung und gestellten Überbietung des Planes

Berlin. Das Wettstreben von 93 Betrieben und Einrichtungen wird im August die Wanderfahrten der Ministerien der DDR und des Bundesvorstandes des FDGB...

**Bauern im Wettbewerb zum 35. Jahrestag:**

**Bei der Getreideernte zählt in diesen Tagen jede Stunde**

Werner Felte bei Jugendkollektiv im Kreis Rühra / Kooperation ermöglicht hohes Tempo der Feldarbeiten / Das ganze Dorf packt an

Von unseren Beobachtern Hans Ritschewski und Gunter Wendtbaum

Platzh. über 2000000 Mark

Indi  
Bed:  
Rah  
Macht  
Unser  
der  
die D  
Rah  
die L  
die A  
die B  
die C  
die D  
die E  
die F  
die G  
die H  
die I  
die J  
die K  
die L  
die M  
die N  
die O  
die P  
die Q  
die R  
die S  
die T  
die U  
die V  
die W  
die X  
die Y  
die Z

**Kollektive aus vielen Bereichen zum Aufbruch der Berliner Bauarbeiter: Wir sind dabei!**

**Höchstleistungen stärken die DDR und den Frieden**

FDJler und Gewerkschafter im Wettbewerb um Bestwerte/Brigaden erklären: Ergebnis der Initiativschichten wird künftig zum Maßstab

Berlin. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der DDR sind dabei, die Höchstleistungen zu erzielen...

**Ein Ergebnis der Plandiskussion 1985:**

**Vorschläge der Neuerer werden noch in diesem Jahr wirksam**

Aufgaben sind aus dem Plan Wissenschaft und Technik abgelöstet  
Senftenberger Kollektiv machen Ihre Ausrichtungen produktiver

Von unseren Beobachtern...

33

**Wettbewerbsparolen 1984 im „Neuen Deutschland“, zum 1. Mai:** So eilt der realer

Damit ist jeder zufrieden: das Kollektiv, das seinen Wettbewerbsplan erfüllt hat und seine Prämie oder Auszeichnung entgegennehmen kann. Die übergeordnete Leitung, die wiederum ihrer übergeordneten Leitung die Erfüllung des Wettbewerbsplans melden kann. Schließlich das Politbüro, das in der Erfüllung der Wettbewerbspläne die volle Bestätigung seiner Politik sieht.

Und „Neues Deutschland“ kann mitteilen, daß der reale Sozialismus von einem Produktionsanstieg zum anderen eilt. Am 15. Mai dieses Jahres etwa meldete das „ND“, daß der Nutzeffekt der „Neuererbewegung“ von 2,46 Milliarden Mark der DDR im Jahre 1970 auf 5,36 Milliarden 1983 gestiegen sei.

Die Neuererbewegung ist ein Versatzstück im sozialistischen Wettbewerb: Seit Jahren lockt die Partei mit großem Propaganda-Aufwand und hohen Prämien Arbeiter und Wissenschaftler, Vorschläge zur Verbesserung der Produktion zu machen.

Wie kommen diese eindrucksvollen Steigerungsraten zustande?

Als Parteisekretär an der Humboldt-Universität gehörte ich einer Kommission an, die über wissenschaftliche Spitzenleistungen an dieser Hochschule zu entscheiden hatte. Die Abteilung Wis-

senschaften im Großen Haus und die Bezirksleitung der SED-Berlin hatten der Universität den Auftrag erteilt, im Rahmen des sozialistischen Wettbewerbs jährlich eine bestimmte Anzahl von wissenschaftlichen Spitzenleistungen zu erbringen.

Parteiauftrag ist Parteiauftrag, da gibt es keine Fragen. Er muß erfüllt werden. Und so blieb uns nichts anderes übrig, als einige Arbeiten unserer Wissenschaftler auszuwählen und als „international anerkannte“ wissenschaftliche Spitzenleistungen zu deklarieren, obwohl wir genau wußten, daß sie in Wirklichkeit solchen Maßstäben nicht standhalten konnten.

Aber die Bezirksleitung und die ZK-Abteilung Wissenschaften waren zufrieden, denn nun konnte der Genosse Kurt Hager vor dem Politbüro berichten, daß die Humboldt-Universität große Dinge vollbracht habe, die international große Beachtung fänden. Die Universität und die betreffenden Wissenschaftler wurden ausgezeichnet.

Und so eilt die DDR wiederum von einem Wissenschaftssieg zum anderen, der finanzielle Nutzeffekt der Neuererbewegung weist eindrucksvolle Steigerungsraten auf.

Die wirtschaftliche Realität sieht ganz anders aus.



Sozialismus von einem Produktionssieg zum anderen

Im Sommer 1983 hielt ich einen Vortrag vor der Belegschaft eines der wichtigsten und zukunftsreichsten Betriebe der DDR, des Dresdener Computer-Werks Robotron. Nach dem Vortrag sprach ich mit dem Parteisekretär und dem Direktor des Betriebes. Sie klagten darüber, daß sie ihre Computer nicht auf dem Weltmarkt absetzen könnten. Ihre Produkte entsprächen einfach nicht mehr dem internationalen Niveau. Nicht einmal die Sowjet-Union, der sie bislang alles verkaufen konnten, was im Westen unverkäuflich ist, sei noch an ihren Produkten interessiert.

Dann zeigten die beiden mir eine soziologische Untersuchung, streng vertraulich und ansonsten nur der Bezirksleitung und dem Politbüro zugänglich. In dieser Untersuchung wurde festgestellt: „Unsere Kader, speziell unsere Jugendlichen, fühlen sich in die Planung und Leitung des Betriebes nur im geringen Maß einbezogen. Drei Viertel fühlen sich in diesem Prozeß sogar als Unbeteiligte. Jeder zweite junge Mitarbeiter gab an, daß er nicht offen über Mängel reden könne und Kritik sich nicht lohne. Sogar ein Teil der älteren Kader in Leitungsfunktionen fühlt sich lediglich als Vollstrecker von Parteaufträgen... Zwar werden Jugendliche gut unterstützt, die sich politisch engagieren, aber gefördert

werden darüber hinaus nur solche Kader, die sich mit kritischen Äußerungen zurückhalten.“

Die Bürokratisierung des sozialistischen Wettbewerbs, die Entmündigung und Bevormundung der Werktätigen, insbesondere der Gewerkschaft, hat den sozialistischen Wettbewerb zu einem diktatorisch-bürokratischen Wettbewerbsverderb entwertet. Anstatt den Leistungswillen und die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, hat die Partei diese gehemmt oder zerstört.

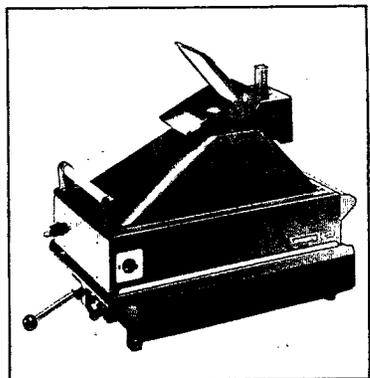
Beim Abschied von Robotron erzählt mir der Parteisekretär einen Witz, der gegenwärtig in seinem Betrieb kursiert. Eine japanische Delegation besichtigt die technologisch mit am weitesten entwickelten DDR-Betriebe Pentacon und Robotron. Bei ihrer Abreise werden die Gäste gefragt, was sie am meisten in der DDR beeindruckt habe. „Ihre Museen“, erwidern die Japaner höflich, „Pergamon, Pentacon und Robotron.“

★

„Der Kommunismus beginnt dort, wo einfache Arbeiter in selbstloser Weise... sich Sorgen machen“, nicht nur um die ihnen Nahestehenden, sondern die Fernstehenden, das heißt um die Gesellschaft als Ganzes. Das war Lenins

## Unsere Episkope projizieren alles, was Ihnen an Aufsichtsvorlagen so in die Hände fällt!

Sie können sämtliche Aufsichtsvorlagen (Postkarten, Schriftstücke, Bilder, Illustrationen, Bücher u.a.m.) brillant und hell projizieren und überzeugende Vorträge in Schulen, bei Konferenzen, auf Messen etc. gestalten. Zum Beispiel: Liesegang Front-Episkop E 11-522 für Vorlagen bis 19 x 30 cm, ca. 4000 Stunden Brenndauer mit eingebauter Halogen-Metalldampfampe 1000 W. Plus Fanti 150 auch kombinierte Diaprojektion möglich.



Liesegang  
Front-Episkop E 11-522

Unser Projektoren-Programm:  
Dia-Projektoren (für Pocket, Kleinbild und Mittelformate).  
Ton-Dia-Projektoren. Episkope.  
Zeichen-Episkope.  
Overhead-Projektoren.  
Mikrofilm-Lesegeräte und -Projektoren.



Liesegang

Spezialfabrik für Projektions- und Vergrößerungs-Geräte  
Ed. Liesegang · Volmerswerther Straße 21  
Postfach 5205 · D-4000 Düsseldorf 1  
Telefon (02 11) 39 01 - 1 · Telex 8 582 434

# „Es lebe die Deutsche Demokratische . . .“

Manni der Große steuert den Friedensrat der DDR

**B**is zu meiner Flucht, also über zwanzig Jahre lang, war ich Präsidiumsmitglied im Friedensrat der DDR. Mit großer Leidenschaft und Überzeugung habe ich mich dieser Aufgabe gewidmet.

Der Friedensgedanke wurde und wird in der DDR von Volk und Führung ernstgenommen. Die Parteiführung ist sich sehr wohl bewußt, daß ein nuklearer Krieg das Ende ihrer Macht und des realen Sozialismus überhaupt bedeuten würde.

Sie weiß auch, daß im Rüstungswettlauf der reale Sozialismus mit aller Wahrscheinlichkeit den kürzeren ziehen muß. Seine Arbeitsproduktivität ist wesentlich geringer, deshalb ruiniert die Rüstungsspirale seine Wirtschaft schneller, der reale Sozialismus wird immer unattraktiver und damit auch politisch instabil. Der von der Parteiführung gesteuerten offiziellen Friedensbewegung im realen Sozialismus geht es also nicht nur um den Frieden, sondern auch um die Macht der Diktatur.

Ich habe diese Widersprüchlichkeit und auch Doppelzüngigkeit der offiziellen Friedensbewegung in der DDR erst voll begriffen, als mir die Rolle klar wurde, welche die Diktatur ihr zugewiesen hat. Für diese Friedensbewegung gilt dieselbe Regel wie für alle anderen organisierten Bewegungen im realen Sozialismus: Alles bewegt sich nur so, wie es der Parteiapparat will.

Die Tagung des Friedensrates beginnt. Oben auf dem Podium sitzt Manfred Feist. Daneben, rechts und links von ihm, der Präsident des DDR-Friedensrates Professor Günther Drefahl und Werner Rümpel, der Generalsekretär. Hinter ihnen die Vizepräsidenten und Präsidiumsmitglieder und unten im Saal die Mitglieder aus den verschiedensten Schichten der DDR-Bevölkerung.

Offiziell sind sie alle höchst demokratisch gewählt worden, in Wahrheit wurden sie alle ausnahmslos von Manfred Feist ausgewählt. Feist entscheidet nicht nur über die Auswahl, er entscheidet auch über die Abwahl. Sollte der Präsident oder irgendein anderes Mitglied des Friedensrates ihm nicht mehr tragbar erscheinen, dann wird er kurzerhand durch einen anderen ersetzt.

Der Präsident liest sein Referat Wort für Wort vom Blatt ab. Es ist ein Aufguß der letzten Rede des Generalsekretärs Erich Honecker und von Feist und seinen Mitarbei-

tern erarbeitet worden. Dann treten etwa zwanzig Redner ans Pult: erst ein Arbeiter – es ist immer derselbe Arbeiter, wir nannten ihn den Friedensarbeiter –, anschließend meldet sich ein Genossenschaftsbauer zu Wort. Es folgen ein Offizier, ein antifaschistischer Widerstandskämpfer, ein Arbeiterveteran, ein Mitglied der FDJ, eine Lehrerin, ein Akademiker, ein Künstler, ein Gewerkschaftsfunktionär, eine Repräsentantin der Frauenbewegung und Vertreter der politischen Parteien.

Dieses Schema „F“ (für Feist) wird auf allen Tagungen des Friedensrates peinlich genau eingehalten. Wie der Präsident sprechen alle übrigen Red-



**Honecker-Schwager Feist**  
Winkeinheiten fürs Politbüro

ner säuberlich vom Blatt. Auch ihre Diskussionsbeiträge wurden entweder von den Mitarbeitern Feists geschrieben oder von ihnen vorher zensiert. Selbstredend bestimmt ausschließlich Feist, wer auf dieser Friedensratstagung einen von Feists Artikeln ablesen darf.

Die Diskussion ist beendet. Eine Grußbotschaft an den größten Friedenskämpfer der DDR, an unseren hochverehrten Freund, den Generalsekretär der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Erich Honecker, wird vorgeschlagen. Die Mitglieder des Friedensrates erheben sich von ihren Sitzen. Lang anhaltender Beifall braust auf. Die Fernsehkameras surren.

In ein paar Stunden weiß es die Weltöffentlichkeit: Der Friedensrat der DDR hat getagt. Eine aufge-

schlossene, begeisterte Diskussion! Alle Schichten der Bevölkerung der DDR waren repräsentiert! Grußbotschaft an den Generalsekretär der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, einmütig verabschiedet!

Wer ist dieser Mann, der die Friedensbewegung in der DDR bewegt? Manfred Feist ist Leiter der Abteilung Auslandsinformation im Zentralkomitee. Dem Großen Haus geht es, was den Frieden betrifft, nicht um eine Friedensbewegung in der DDR, sondern vor allem darum, das Ausland über die Friedenspolitik der SED zu informieren.

Manfred Feist ist ein ungebildeter, sektiererischer Bully, ein Apparatschik. Von seinen Mitarbeitern im Großen Haus und den Mitgliedern des Friedensrates wird er höhnisch „Manni der Große“ genannt.

Eine seiner größten Ideen, an die ich mich erinnern kann, war folgende: Als sich eine demokratische Massenbewegung für den Frieden im Westen entwickelt hatte und große Demonstrationen, insbesondere in der Bundesrepublik, stattfanden, erhielt Feist den Auftrag, ähnliches in der DDR zu organisieren.

Feist gab die Order an die FDJ weiter. Wochenlang mußten ausgewählte FDJler üben, wie sie auf der geplanten Friedensdemonstration an der Tribüne der Funktionäre vorbeizumarschieren, welche Losungen sie ihnen zuzubeln hätten. Um der Begeisterung ein wenig nachzuhelfen, ordnete Feist an: Es müssen Winkeinheiten aufgestellt werden – Mitglieder der FDJ, die auf dieser Demonstration nichts anderes tun sollten, als den Funktionären zuzuwinken.

Als die „Winkeinheiten“ in Aktion traten, wandte sich Feist mit einigen Worten an die begeisterte Menge. Ich stand ganz in seiner Nähe und konnte ihn genau beobachten. Er las einige der üblichen Phrasen vom Blatt ab: „Es lebe die Deutsche Demokratische . . .“ Feist war am Ende seines Blatts angekommen. Er drehte es um und las weiter: „Republik!“

Wie ist es möglich, solch einen Mann zum absoluten Herrscher der staatsoffiziellen Friedensbewegung zu machen? Kann selbst ein noch so diktatorisch-bürokratischer Apparat wirklich so kurzsichtig sein? Er kann es, wenn dieser Mann der Bruder von Margot Honecker, der Gattin des Generalsekretärs der SED, ist.

# MEIN BESTES ZUM WOHLER DES VOLKES



**Vorbildliche DDR-Werkstätige\*:** „Gefördert wird nur, wer sich mit Kritik zurückhält“

großer Traum vom neuen, sozialistischen Menschen, den er in seiner berühmten Schrift „Die große Initiative“ beschrieben hat. Mit Hilfe des sozialistischen Wettbewerbs sollte dieser Mensch eine Arbeitsproduktivität schaffen, die weit höher liegt als die des Kapitalismus, und damit den Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus garantieren.

Lenin hatte im Prinzip völlig recht. Der sozialistische Wettbewerb als höheres Leistungsprinzip setzt in der Tat die massenhafte Herausbildung eines solchen neuen Menschentyps voraus. Ich möchte nicht bestreiten, daß es in der DDR Ansätze dafür gibt. Das hohe Maß an Gleichberechtigung der Frau, das hohe Bildungsniveau der Jugend, die Überwindung des Rassismus, all das sind Keime dieses neuen Menschentyps. Aber die Durchsetzung des sozialistischen Wettbewerbs erfordert weit mehr als solche Keime oder einzelne Exemplare dieses neuen Typs.

Gewiß, ein solcher Menschentyp läßt sich nicht aus dem Boden stampfen. Seine Erziehung setzt den demokratischen Umgang mit den Menschen voraus, die freie Selbstverwirklichung der Persönlichkeit, Ehrlichkeit und Anständigkeit in den gesellschaftlichen Beziehungen; und vor allem revolutionäre Verhältnisse, in denen der Mensch sich ständig bewähren und reifen kann. Das ist viel, aber nicht zuviel für einen wahren Sozialismus.

Aber der reale Sozialismus, das beweist seine Realität in der DDR unmißverständlich, ist unfähig, einen wahrhaft sozialistischen Menschen zu zeugen. Denn die Entartung des realen Sozialismus ist zuerst und vor allem eine Entar-

tung des Menschen. Die Entartung, die der reale Sozialismus im Volk erzeugt, ist wesentlich diffiziler und deshalb auch sehr viel schwerer zu objektivieren und zu beschreiben als die Deformierungen in der SED-Führung und im Parteiapparat.

Philosophisch kann man die Entartung des Volkes im realen Sozialismus am besten als eine Form der Entfremdung verstehen. In der marxistischen Philosophie wird die Entfremdung zurückgeführt auf das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die dadurch hervorgerufenen gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen diese dem Menschen als fremde und ihn beherrschende feindliche Mächte gegenüberstehen.

Im Sozialismus, so die marxistische Theorie, werde diese Entfremdung endgültig überwunden. Im Kapitalismus führt diese Entfremdung, speziell während seiner wirtschaftlichen Krisen, zu solchen Erscheinungen wie Massenarbeitslosigkeit, zur Erhöhung der Kriminalität, der Drogensucht, der Perspektivlosigkeit.

Wenn der reale Sozialismus dennoch die Entfremdung, entgegen offizieller Theorie, nicht überwunden hat, dann deshalb, weil dem Volk zwar nicht mehr das Privateigentum an den Produktionsmitteln als fremde, feindliche Macht, die es beherrscht, gegenübersteht, dafür aber die Diktatur des Parteiapparats.

Diese neue und in ihrem Wesen anders gestaltete Entfremdung nimmt im realen Sozialismus deshalb auch andere Formen an als im Kapitalismus. Um diese andere Form von realsozialistischer Entfremdung zu verstehen, muß man davon ausgehen, daß der Sozialismus die Bühne der Geschichte mit dem Anspruch betreten hat, den bürgerlichen und kleinbürgerlichen Menschentyp zu

beseitigen und an seine Stelle den sozialistischen Menschen zu setzen.

In der DDR gab es zur Zeit Ulbrichts in dieser Richtung auch ganz bewußte und gezielte Anstrengungen. Aber über die Jahre, besonders seit der Ära Honecker und dem Übergang des SED-Apparats zu Opportunismus und Praktizismus, hat die Parteiführung immer mehr – ganz bewußt – von den traditionellen sozialistischen Idealen und Moralvorstellungen Abstand genommen und mit ihrer Politik der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ ganz zielgerichtet einen kleinbürgerlichen Spießbürger mit dessen Bedürfnissen gezüchtet.

Auf den Punkt gebracht, bedeutet die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik: Je mehr man arbeitet, desto mehr kann man sich leisten. Und so ist die heutige Bedürfniswelt des durchschnittlichen DDR-Bürgers ausgerichtet auf die Einrichtung eines gemütlichen Heims, den Bau einer Datsche oder eines Häuschens im Grünen, seinen Urlaub, den Kampf um seinen Trabant und das zermürbende tägliche Ringen um elementare Lebensbedürfnisse.

Der Traum Lenins vom neuen revolutionären Menschen ist seit langem ausgeblüht. In der DDR ebenso wie in der Bundesrepublik lautet die Lebensphilosophie des Durchschnittsbürgers: Haste was, biste was.

Nur besteht ein entscheidender Unterschied. Im Kapitalismus mit seiner chronischen Überproduktion kann dieses Prinzip höchst effektiv zur Befriedigung dieser Bedürfnisse und zur Steigerung der Arbeitsleistung eingesetzt werden. In der DDR mit ihrer chronischen Unterproduktion können diese Bedürfnisse nur unzureichend befriedigt werden, zeugt dieses Prinzip einen frustrierten unsozialen Spießbürger:

\* „Straße der Besten“ eines Betriebskollektivs in Magdeburg.



Deutschlandpolitiker Brandt, Stoph 1970\*: Einzigartige historische Chance?

Hier liegt auch der Kern der realsozialistischen Tragödie. Denn mit einem solchen kleinbürgerlichen, frustrierten, unsozialen Spießler läßt sich keine neue sozialistische Gesellschaft aufbauen, der sozialistische Wettbewerb nicht zu einem höheren Leistungsprinzip entwickeln, als es das kapitalistische ist.

Im Gegenteil, es besteht folgende Entwicklungstendenz: Die Entfremdung, die Unzufriedenheit der Bürger wachsen weiter an, die Arbeitsmoral und Produktivität sinken weiter ab. Es gibt noch weniger zu kaufen, die Schlangen vor den Geschäften werden noch größer, die Entfremdung wächst weiter an, die Arbeitsmoral und Produktivität sinken weiter ab – ein Teufelskreis.

★

Ein wahrhaft demokratischer Sozialismus muß die großen revolutionären und demokratischen Traditionen und Ideale, die sich die Menschheit im Laufe von Jahrtausenden unter fast unvorstellbaren Opfern erkämpft hat, auf höherer Ebene weiterführen, so daß ein freier und reifer Menschentyp entstehen kann, der durch die Beseitigung von Ausbeutung, Krieg und Diktatur seine Vorgeschichte beenden wird.

Durch den Abschluß der Industrialisierung der materiellen Produktion und durch eine beginnende Industrialisierung der wissenschaftlichen Produktion wird dieser freie und reife Mensch zu einem kreativen und genialen Menschentyp heranwachsen, der von jetzt an seine wahre Geschichte als wahrer Mensch beherrschen wird.

\* In Erfurt.

Um sich diesem großen Ziel nähern zu können, muß sich der reale Sozialismus erneuern. Das aber geht nur, wenn unter anderem folgende Grundsätze verwirklicht werden:

- ▷ die Beseitigung des bürokratischen Zentralismus und die Einführung eines wahrhaft demokratischen Zentralismus;
- ▷ die echte Wählbarkeit und Abwählbarkeit der Parteifunktionäre durch die Parteimitglieder;
- ▷ die Begrenzung der Amtszeit der Funktionäre, insbesondere die der Politbüromitglieder und speziell des Generalsekretärs;
- ▷ die direkte und geheime Wahl des Zentralkomitees, des Politbüros und des Generalsekretärs durch die Parteimitglieder;
- ▷ die Aufstellung mehrerer Kandidaten für jedes Wahlamt;
- ▷ die Einführung einer wahren Rechenschaftspflicht der Funktionäre und einer wirksamen Kontrolle der Parteiführung durch die Parteimitglieder;
- ▷ die Abschaffung aller unangemessenen Privilegien für Parteifunktionäre;
- ▷ die Reinigung des Parteiapparats von Bonzen, Karrieristen, Kriechern, Opportunisten und Bürokraten;
- ▷ die Reduzierung des Parteiapparats auf das unumgängliche Maß;
- ▷ das uneingeschränkte Recht und die Pflicht auf freie Meinungsäußerung und Kritik jedes Parteimitglieds an jedem Parteimitglied, ohne Ansehen von Rang und Funktion.

Der Führungsanspruch der marxistisch-leninistischen Partei muß grund-

sätzlich neu durchdacht werden. Sie wird ihm nur gerecht, wenn sie dem Volk verantwortlich ist und wenn sie die Eigenverantwortung der staatlichen Organe, der anderen politischen Parteien und gesellschaftlichen Institutionen nicht zerstört, sondern deren Eigenständigkeit ständig weiterentwickelt.

Es wird notwendig sein, eine exakt festgelegte Gewaltentrennung zwischen Partei, staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen einzuführen. Diese Trennung muß die Machtbefugnisse der jeweiligen Institutionen garantieren, mit dem Ziel, ihre harmonische Zusammenarbeit, aber auch ihre gegenseitige Unabhängigkeit und Kontrolle zu gewährleisten.

Unabhängigkeit und Freiheit der anderen politischen Parteien muß gewährleistet sein, solange diese nicht gegen die Grundprinzipien und die Verfassung einer demokratischen sozialistischen Gesellschaft verstoßen.

Die Degradierung der Gewerkschaft zum bloßen Anhängsel der Partei muß beendet und die Gewerkschaft als eine von der Partei unabhängige Institution organisiert werden, mit dem Recht, wenn notwendig, für die Durchsetzung der Interessen ihrer Mitglieder die Waffe des Streiks anzuwenden.

Die Praxis, daß der Generalsekretär der Partei zugleich Staatsoberhaupt (Vorsitzender des Staatsrates) und Oberbefehlshaber der Streitkräfte (Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates) sein kann, ist als verfassungswidrig zu erklären. Die Befehlsgewalt über das Militär, die Polizei, einschließlich der Geheimpolizei, ist nicht dem Parteiapparat, sondern dem Parlament und seinen ausführenden Organen zu unterstellen.

Außenpolitisch hätte der Sturz der Diktatur des Parteiapparates weitgehende Konsequenzen für die Beziehungen der DDR zu ihren westlichen wie auch ihren östlichen Partnern.

Betrachtet man die Beziehungen der beiden deutschen Staaten seit ihrer Gründung, so kann man feststellen, daß sich ihr Verhältnis, trotz vieler ungelöster Probleme, doch einigermaßen normalisiert hat.

Diese zunehmende Normalisierung verleitet manchen westlichen Beobachter zu dem Schluß, daß dieser Prozeß nicht nur zu einem Nebeneinander, sondern zu einem Miteinander, in der Perspektive vielleicht sogar zur Einheit der Nation sich entwickeln könne. Ich halte einen solchen Schluß für naives Wunschenken. Jeder, der die Parteiführung der SED kennt, weiß, daß sich ihr Feindbild von der Bundesrepublik über die Jahre nicht geändert hat.

Wenn die DDR normale Beziehungen zur Bundesrepublik anstrebt, dann nicht

aus Erwägungen der Sympathie oder der Liberalisierung, sondern vor allem, weil sie im Handel mit der Bundesrepublik harte Devisen verdient, die sie zum Erhalt ihrer Macht dringlich benötigt.

Ansonsten hat sie eine paranoide Angst vor normalen Beziehungen zur Bundesrepublik, vor ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht, insbesondere vor dem Einfluß der bürgerlichen Demokratie auf die DDR-Bevölkerung. In allen erdenklichen Weisen sucht sie sich deshalb von der Bundesrepublik abzugrenzen und gerät so in einen immer tieferen Widerspruch zwischen dem Drang nach ökonomischer Annäherung und dem Streben nach ideologischer und politischer Distanzierung.

Und wenn Erich Honecker sich mit dem bisherigen ZK-Abteilungsleiter für die Westbeziehungen, Herbert Häber, im Mai seinen BRD-Spezialisten ins Politbüro geholt hat, so bedeutet das keineswegs eine Aufwertung Bonns.

Man muß sich immer vor Augen halten, daß nicht nur die jüngeren, sondern auch die älteren Mitglieder des Politbüros der SED den Kapitalismus heute aus eigenem Erleben überhaupt nicht kennen. Es ist ihnen kaum möglich, sich in die Welt dieses Systems, speziell in die Gedankenwelt der westlichen Politiker hineinzudenken. Das gilt übrigens in der Tendenz für beide Seiten.

Diese Unfähigkeit des Politbüros der SED wirkt sich zunehmend negativ auf ihre Macht aus. Die sich immer unsicherer fühlende SED-Spitze wird die wachsende ökonomische Abhängigkeit von der Bundesrepublik immer schwieriger beherrschen. Deshalb braucht das Politbüro den Experten Häber.

Solange ein demokratischer kapitalistischer und ein diktatorischer sozialistischer Staat sich gegenüberstehen, wird es und kann es keine echte Annäherung zwischen den beiden deutschen Staaten geben. Aber die Existenz eines deutschen demokratischen sozialistischen Staates neben einem deutschen demokratischen kapitalistischen Staat würde neue Perspektiven der gegenseitigen Beziehungen eröffnen.

Eine der faszinierenden und zukunftssträchtigen Perspektiven wäre die Möglichkeit einer Konföderation dieser beiden deutschen demokratischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, gewissermaßen eine Deutsche Demokratische Bundesrepublik, ein staatliches Bündnis von de-

mokratischem Kapitalismus und demokratischem Sozialismus auf der Grundlage einer gemeinsamen Geschichte, Sprache, Tradition und einer immer stärkeren Verflechtung ihrer ökonomischen Systeme, bei gegenseitiger Achtung der Unterschiede ihrer Gesellschaftsordnung.

Ein unrealistischer Zukunftstraum?

Der erste Einwand gegen eine solche Konföderation wäre, daß beide deutschen Staaten in feindliche Bündnissysteme integriert sind, die eine solche Konföderation unmöglich machen. Aber muß dieser Zustand ewig bestehen?

Analysiert man die historische Entwicklung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg, so zeigt sich unmißverständlich eine gesetzmäßige starke Tendenz zur ökonomischen Integration ganz Europas. Diese ökonomische Integration zieht zwangsläufig auch eine politische Annäherung mit sich. Die Zeit arbeitet also für eine ökonomische und politische Integration ganz Europas, trotz der antagonistischen Gegensätze zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen Weltsystem. Im Rahmen eines ökonomisch und politisch eng verflochtenen oder sogar integrierten Europa wäre eine Konföderation zweier demokratischer deutscher Staaten nicht nur möglich, sie wäre sogar unumgänglich.

Eine solche Konföderation in einem integrierten Europa würde auch für die deutschen Nachbarn keine Kriegsgefahr heraufbeschwören. Ganz im Gegenteil: Ein Zusammenschluß zwischen einem

kapitalistischen und einem sozialistischen Staat würde erstmals in der Geschichte der Menschheit die Chance schaffen, die friedliche Koexistenz auf einer höheren Stufe als der des friedlichen Nebeneinander, nämlich als friedliches Miteinander zu praktizieren.

Damit wäre uns Deutschen in Ost und West eine einzigartige historische Chance, eine einmalige Verantwortung für den weiteren Verlauf der Geschichte, für das Überleben der Menschheit gegeben.

Doch wird die Sowjet-Union nicht bereits jeglichen Versuch der demokratischen Erneuerung in der DDR vereiteln, wenn notwendig mit militärischer Gewalt?

Das ist zweifellos möglich, aber nicht unabdingbar. Eine militärische Intervention der Sowjet-Union hat sich über die Jahre als immer gefährlicher erwiesen. Das Risiko eines nuklearen Weltkrieges ist gewachsen, so daß auch für Moskau eine solche militärische Intervention fragwürdig wird.

Eine Deutsche Demokratische Konföderation, die die friedliche Koexistenz auf höherer Ebene durchsetzen hilft, die Abrüstung fördert, die Wirtschaftsbeziehungen intensiviert, könnte auch für die Sowjet-Union eine entscheidende Unterstützung darstellen.

Wenn die Deutschen in Ost und West eine solche Konföderation einmütig wollen, dann wird sie auf Dauer nicht aufzuhalten sein.

**Ende**



Deutschlandpolitiker Honecker, Kohl 1984\*: Eine Deutsche Demokratische Konföderation?

\* Anlässlich der Beerdigung des sowjetischen KP-Chefs Jurij Andropow in Moskau.